

UBP-Fraktion im Rat der Stadt Recklinghausen

An den
Rat der Stadt Recklinghausen
z. Hd. Herrn Bürgermeister Pantförder

Recklinghausen, 27.08.2011

Anfrage an die Stadt Recklinghausen

- **Straßenstrich an der B225;**
hier: aktuelle Berichterstattung zum Sperrbezirksantrag

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

hiermit bitten wir höflich um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Haben seit Antragsstellung für einen Sperrbezirk Gespräche zwischen der Stadt Recklinghausen, z.B. dem Ordnungsamt und der Bezirksregierung in Münster stattgefunden? Wenn ja, ging es dabei lediglich, wie gegenüber der BI erwähnt, nur um die Ausmaße des Sperrbezirkes oder ging es auch um weitere Inhalte? Wenn ja, um welche Probleme ging es dabei?
2. Gibt es derzeit Anhaltspunkte, auch aufgrund möglicher Gespräche zwischen der Stadt Recklinghausen und der Bezirksregierung, die die optimistische Erwartung zum Erlass eines Sperrbezirkes, inzwischen in Zweifel stellen? Wenn ja, woran lässt sich das festmachen?
3. In den Schreiben zur Unterschriftenaktion der BI an Sie und die beiden Bürgermeister in Marl und Herten, wurden exemplarisch Fallbeispiele genannt, wie der Straßenstrich an der B225 sich negativ auf die Bewohner und die Umgebung auswirkt. Dazu gehören u.a. die Bedrohungslage gegen eine Anwohnerin (auch in der Presse erwähnt), oder Kontaktversuche von Freiern bei (teilweise jugendlichen) Anwohnerinnen. Sind diese Beispiele der Bezirksregierung übermittelt worden?
4. Sind die vorherigen Beschwerden von Anwohnern u.a. wegen Vermüllung usw., die den Verantwortlichen des Ordnungsamtes zugetragen wurden, detailliert an die Bezirksregierung weitergegeben worden?
5. Gehen Sie nach wie vor von einer Bearbeitungszeit von vier bis sechs Wochen ab Eingang der Unterlagen bei der Bezirksregierung aus, also Anfang bis Mitte September? Falls nicht, bis wann erwarten Sie eine konkrete Antwort und wodurch begründet sich die Verzögerung?

Begründung:

Wir als UBP haben die private Bürgerinitiative aus Anwohnerinnen und Anwohnern der B225 von Beginn an begleitet und unterstützt. Durch viele Aktionen gegen den Straßenstrich an der B225 hat die BI versucht, „kleine Nadelstiche“ gegen das Treiben zu setzen. Mini-Demo, Störungen und Verscheuchen der Freier und der Prostituierten an den gängigen Verrichtungsstellen und eine Unterschriftenaktion mit über 1600 Unterschriften sind einige Beispiele für ihren Einsatz.

Am 04.08.2011 hat die BI der Frau Klostermann von der Bezirksregierung in Münster diese Unterschriften ebenfalls übergeben und gleichzeitig Gelegenheit gehabt, die Problematik des Straßenstrichs aus Anwohnersicht zu schildern. Frau Klostermann und ihr Büroleiter Herr Wöstmann waren sehr an den Schilderungen interessiert und kündigten Abstimmungsgespräche mit den Ordnungsämtern an, um anschließend eine Entscheidung zu treffen.

Im Artikel der WAZ „Entschieden ist noch nichts“ vom 27.08.2011 ist allerdings zu lesen, dass „Belege für 'ernstzunehmende Gefährdungen' zum Beispiel für Kindertagesstätten“ fehlen würden. Zudem gäbe es „gar keine Kindertagesstätte an der Bundesstraße“. Es gäbe „keine besonderen Vorkommnisse“ und „Anzeigen hatte es keine einzige gegeben“.

Uns wurde von Anwohnern berichtet, dass sowohl die Bedrohung gegen eine Anwohnerin durch einen Zuhälter, als auch ein Verkehrsunfall auf Marler Stadtgebiet, der auf die Straßenprostitution zurückzuführen ist, polizeilich gemeldet wurden. Pressemitteilungen wie in der WAZ führen zu massiver Verunsicherung in der BI und bei den Anwohnern, sodass wir hiermit zur weiteren Klärung beitragen wollen.

Mit freundlichen Grüßen

Claudia Ludwig
Fraktionsvorsitzende